Die Errichtung einer Arbeitskammer in Hamburg ist von sozialdemokratischer Seite beantragt worden. Die Bürgerschaft wird den Antrag nächstens beraten und hoffen wir, daß er durchdringt.

Oeffentliche Unterstützung und politische Rechte. Bekanntlich ist im kapitalistischen Klassenstaate die barbarische, vorsintflutliche Einrichtung getroffen, daß die geringste Inanspruchnahme öffentlicher Mittel den Verlust des Wahlrechts zur Folge hat. Zu welchen Ungerechtigkeiten dies Stück Reaktion führt, zeigen verschiedene Vorgänge der letzten Zeit. So besteht in den Hamburger Schulen die an sich durchaus lobenswerte Praxis, an das Schuhwerk der Kinder ziemlich hohe Anforderungen zu stellen und insofern es denselben nicht entspricht, den Kindern bessere Schuhe aus städtischen Mitteln zu verabfolgen, was nur zu billigen wäre, aber der Vater verliert durch die Schuhe des Kindes sein Wahlrecht. Die Bürgerschaft beschloß kürzlich die Beseitigung dieses argen, verdammungswürdigen Mißstandes, der Senat verweigerte aber dem Beschlusse seine Zustimmung. — In Kolmar i. E. hat der Gemeinderat eine Petition an den Landesausschuß beschlossen betreffend die Streichung der bezüglichen Bestimmung in der reichsländischen Gemeindeordnung. — Gegen dieses Stück Reaktion energisch zu Felde zu ziehen und seine Beseitigung zu erkämpfen, dazu ist gerade gegenwärtig die geeignetste Zeit. Die besitzenden Klassen genießen unter allen möglichen Titeln die größten Vorteile von dem Gemeinwesen, sie werden vom Staat und Gemeinde mit Millionen Subventionen und Unterstützungen für alle möglichen und unmöglichen Zwecke unterstützt und kein Mensch denkt daran, sie deshalb in ihren politischen Rechten zu schmälern; sobald aber der ohne seine Schuld in Not geratene Arbeiter 5 Mk. verlangt, verliert er sein Wahlrecht. Die Millionengeschenke an die besitzenden Klassen sind ehrenvolle Subventionen, die Unterstützung mit einigen Mark an den besitzlosen Mitbürger ist Almosen, das den Verlust des Wahlrechts zur Folge hat. Ein Dichter sagt: „Wozu hätte ich Freunde nötig, wenn ich sie nötig hätte?“ Und der Arbeiter kann sagen: Was nutzt mir ein Gemeinwesen, wenn es mir nichts nutzt? Die Klassenherrschaft zeigt sich hier in ihrer ganzen verwerflichen und empörenden Abscheulichkeit.

394 Innungsschiedsgerichte gab es Ende vorigen Jahres im Deutschen Reiche. Dazu kommen noch 39, die am 31. Dezember 1900 schon genehmigt, aber noch nicht eröffnet waren. Gar keine Innungsschiedsgerichte haben aufzuweisen: Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Schwarzburg-Sondershausen, Sachsen-Meiningen, Waldeck, Schaumburg-Lippe und die drei Hansastädte. Im allgemeinen gibt es in Süddeutschland verhältnismäßig weit weniger Innungs-Schiedsgerichte als in Norddeutschland, was sehr zu begrüßen ist, denn die Innungsschiedsgerichte sind nicht nur das fünfte Rad am Wagen, sie schädigen auch die Arbeiterinteressen.

Zur Kennzeichnung der christlichen Gewerkschaften. Das Evangelische Gewerkschaftskartell hatte bei den christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunckerschen Vereinen angeregt, der Stadtverwaltung gemeinsam eine Eingabe zu unterbreiten. Dieselbe sollte folgende Anträge mit Begründung enthalten: Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes (der bisherige Satz beträgt 2,80 Mk.); Zuziehung der Arbeiter bei Verwaltung des Arbeitsnachweises und Erlaß von Vorschriften betr. achtstündiger Lohnzahlungsfristen, unter Ausschluß der Sonnabends, Sonntags und Montags als Lohntagstage. Die angegangenen Vereine erklärten sich mit der gemeinsamen Eingabe einverstanden, das geschah auch bei den Beratungen. Die Berechtigung der Forderungen erkannte man unumwunden an. Trotzdem erklärte, als die Eingabe ausgearbeitet vorlag, das christliche Kartell, erst einige Stadtverordnete — Ehrenvorsitzende von christlichen Arbeitervereinen — betreffs der gemeinsamen Eingabe befragen zu wollen. Obwohl mittlerweile wieder vier Wochen ins Land gegangen sind, scheint bei den Christlichen die Antwort der Stadtväter-Ehrenvorsitzenden noch nicht eingegangen zu sein. Das Gewerkschaftskartell und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine haben nunmehr ohne die Christlichen die betreffende Eingabe an die Stadtverwaltung abgehen lassen.

Mitteilungen.

Altona. In der am 23. Oktober bei Eckhoff abgehaltenen öffentlichen Schuhmacher-Versammlung sprach Kollege Schaumburg über das Thema: „Die konstitutionelle Fabrik eine „ungeheuerliche“ Forderung der Arbeiterklasse“. Einleitend erklärte der Referent das Wort „konstitutionell“ als gleichbedeutend mit Teilherrschaft. In einem konstitutionellen Staate würden vom Volke Vertreter gewählt, die Gesetzesangelegenheiten mit zu beraten und zu bestimmen hätten. So sei auch den Arbeitern ein gesetzliches Recht zuerkannt, aus ihrer Mitte Arbeiterausschüsse zu wählen, welche in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen vermittelnd zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu wirken hätten. Da sich jedoch der Fabrikant in der Regel auf den Standpunkt des absoluten Monarchen stelle und sich als den Alleinherrscher seines Reiches betrachte, so gebe es nur wenige Großbetriebe, in welchen Arbeiterausschüsse beständen und in den wenigen sei ihnen ein Mitbestimmungsrecht nur in nebensächlichen Angelegenheiten gewährt, wodurch diesen ein segensreiches Wirken unmöglich gemacht sei. Der größte Feind der Arbeiterausschüsse sei der Zentralverband der Industriellen. Dessen erster Sekretär, Dr. Tille, glaubte in der Bekämpfung derselben dadurch großes geleistet zu haben, daß er den Unternehmer als einen geistreichen und einsichtsvollen Menschen hinstellte, dagegen die Arbeiter nur als eine Menge Nullen, die erst durch den Unternehmer als Vorziffer einen Wert erhielten. Deshalb bezeichnete er die konstitutionelle Fabrik als eine ungeheuerliche Forderung der Arbeiterklasse. Wolle man sich die Lobpreisungen der Fabrikanten etwas näher ansehen, so müsse man sich sagen, daß der kleine und mittlere Fabrikant allerdings seine volle Kraft und Energie in den Dienst seines Unternehmens stellen müsse. Wesentlich anders stehe es mit denen, die gerade Dr. Tille mit seinen Lobpreisungen treffen wollte. Unwillkürlich müsse man sich fragen, wozu ein Aktionär ein besonders begabter Mann sein müsse; der Kapitalismus hätte es längst fertig gebracht, die Kunst und Wissenschaft aller Zweige vor seinen Wagen zu spannen. Nicht allein könne sich der Verband der Industriellen einen Doktor als Hausknecht halten, sondern er habe es auch fertig gebracht, die Regierung seinen Wünschen und Interessen gefügig zu machen. Die Zuchthausvorlage und die damit verbundene 12000 Mk.-Affäre beweisen das zur Evidenz. Auch der ehemalige Staatssekretär v. Bötticher habe das offen zugegeben, indem er sagte: „Wir arbeiten nur für Sie“. Deshalb seien die Arbeiter auf sich selbst angewiesen und müßten ihre Rechte durch einen festen Zusammenschluß zu erkämpfen suchen. Leider könne man nicht umhin, zu konstatieren, daß sich die große Masse weit mehr für Dinge nebensächlicher Art interessiere, als für ihre eigene Lebensfrage. Täglich könne man hören, daß mit Entschiedenheit verurteilt wird, daß sich der große Raubstaat England auf das kleine Burenvolk stürze, um lediglich nur die Goldminen von Transvaal in seinen Besitz zu bringen. Dagegen würde mit Ruhe zugesehen, wenn ein Fabrikant Tausende von Arbeitern bis aufs Blut ausbeute. Dieser Uebelstand müsse vor allem dadurch beseitigt werden, daß sich die Arbeiter immer mehr der Organisation anschlössen und die Versammlungen regelmäßig besuchten. Dann werde auch das Wort Lassalles, „daß der Arbeiter der Fels sei, auf dem die Kirche der Zukunft erbaut würde“, in Erfüllung gehen.

Bielefeld. Eine öffentliche Schuhmacherversammlung fand am Montag in der „Zentralhalle“ statt. Kollege Wozniak aus Köln referierte zunächst über die wirtschaftliche Krise und ihre Folgen. An der Hand von statistischem Material und durch zahlreiche Beispiele gab Redner den Anwesenden einen Ueberblick über die herrschende Krise und ihre furchtbaren Folgen für die Arbeiter und ermahnte die Kollegen, an der Organisation festzuhalten, denn nur durch festes Zusammenstehen sei es möglich, der Herabdrückung der Lebenslage der Arbeiter durch die Krise entgegenzuwirken. Reicher Beifall lohnte Redner für seine trefflichen Ausführungen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute in der „Zentralhalle“ tagende öffentliche Schuhmacherversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, für den Ausbau der Organisation nach besten Kräften zu wirken, um den Folgen der jetzt herrschenden Krise entgegentreten zu können.“ Unter „Verschiedenes“ wurden die hiesigen Zustände im Schuhmacherberuf einer eingehenden Kritik unterzogen. Besonders im Kleingewerbe, wo noch viele Gesellen Kost und Logis beim Meister haben, sind die mißlichsten Verhältnisse anzutreffen. Ein Fall, welcher zur Sprache gebracht wurde, rief allgemeine Entrüstung hervor, die Behörde wurde ersucht, diesem Meister eine Belehrung zuteil werden zu lassen und für Abhilfe der gerügten Mißstände zu sorgen. Den der Versammlung ferngebliebenen Kollegen rufen wir zu: Tretet in den Verein deutscher Schuhmacher und besucht die Versammlungen. Nur durch engen und festen Zusammenschluß können wir uns ein besseres Dasein erringen.

Burg. Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß im letzten Quartal folgende Kollegen wegen Beitragsresten ausgeschlossen werden mußten: Jsak Jwandter, Gottfried Thiede, R. Fiedler, Wilh. Bergemann, G. Böttcher, Gustav Hoffert, E. Baumgarten, Arthur May, Ed. Müller, Heinrich Engel, Andreas Block, Karl Hintze, Hermann Hersing, Hermann Baars, Oskar Schatz, Wilhelm genannt Christoph Brandt, Wilhelm Schulz. Die große Zahl der Ausgeschlossenen ist kein gutes Zeichen für die Agitation unserer Kollegen. Hoffentlich wird das in Zukunft besser.

Dortmund. Auch wir wollen wieder einmal etwas von uns hören lassen, damit die Kollegen anderwärts nicht glauben, wir seien eingeschlafen, wenn auch nicht gerade viel daran fehlt. Leider liegt das hier an den eigenartigen Verhältnissen, denn wir haben es hier mit einem starken Wechsel der Kollegen zu thun, trotzdem die Zustände hier nicht schlechter und nicht besser sind als anderswo. Wie die Gesellen schuften müssen, um auf einen einigermaßen anständigen, den Verhältnissen entsprechenden Lohn zu kommen, dafür einige Proben und Auszüge aus dem Tarife. Nicht allein in den Schnellbesohlanstalten, sondern auch bei den Herren Schuhmachermeistern müssen die Gehilfen 5 bis 10 Paar Sohlen machen, gleichviel wie sie aussehen. Ausputzen kennt man in den meisten Werkstätten nicht, meistens wird Appretur verwendet. Ein Paar Herrenböden und ein Paar Sohlen, ebenso Damenböden und ein Paar Sohlen ist Tagesarbeit, wenn man etwas verdienen will. Wie dann die Arbeit ist, kann sich jeder Kollege vorstellen, aber man muß es machen, dies zeigen auch einige Proben aus dem Tarif, die wir nachstehend folgen lassen:

	Genäht.	Genagelt u. gepinnt.
Kniestiefel mit der Hand zur Naht . .	6,20 Mk.	5,70 Mk.
„ Leisten fertig, Kappe mit der Hand	4,— „	3,50 „
Herren-Arbeitsschuhe	— „	2,50 „
Herren-Zug- oder Schnürstiefel-Böden .	3,30 „	2,80 „
Herren-Zug- oder Schnürhalbschuhe-Böden	3,— „	2,50 „
Pantoffeln	2,40 „	2,— „
Herren-Besätze	2,— „	1,70 „
Sohlen und Flecke	1,— „	—,80 „

Was für Damen- und Kinderböden gezahlt wird, kann sich jeder Kollege denken. Aber nun noch eins, Kost- und Logis außer dem Hause. Logis kann nur dann gestellt werden, wenn dasselbe den sanitären Verordnungen entspricht. Wie widersprechend stehen sich diese zwei Punkte gegenüber, aber die Vereinbarer waren Geistliche und Meister. Nun fand am Montag, den 21. Oktober eine öffentliche Schuhmacherversammlung statt, welche gut besucht war, Kollege Wozniak aus Köln hatte das Referat übernommen und führte den anwesenden Kollegen in seinem Vortrage die Lage der Schuhmachergehilfen vor Augen, gleichzeitig unterzog er die hiesigen Verhältnisse einer scharfen Kritik. In der Diskussion stellte sich heraus, daß der mangelhafte Lohntarif noch nicht einmal von seiten der Meister gezahlt wird, indem verschiedene Kollegen die Fornituren selbst stellen müssen. Erwähnenswert ist auch, daß Kollegen in Werkstellen schlafen müssen, die gar nicht Werkstätten zu nennen sind. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heute im Lokale des Herrn Mühlhausen tagende öffentliche Schuhmacherversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht nach Kräften für die Organisation zu agitieren, um bei entsprechender Gelegenheit in eine Lohnbewegung eintreten.“ Ferner wurde noch beschlossen, diesen Winter einen Fachkursus einzurichten. Kollegen, die ihr uns noch fernsteht, an euch liegt es, wollt ihr eure Lage verbessern, so gibt es nur eine Organisation und das ist der Verein deutscher Schuhmacher, tretet demselben bei, dann werden wir bessere Verhältnisse schaffen können. M.

Löbau. Die Lage der hiesigen Kollegen verschlimmert sich mit jedem Tage mehr. Die Errungenschaften der letzten Lohnbewegung sind sehr in Frage gestellt. Die von den Gehilfen in den Werkstätten ausgehängten Lohntarife werden einfach entfernt und die Preise von den Meistern willkürlich festgesetzt. Die Unorganisierten werden den Organisierten vorgezogen und besser bezahlt. Ganz besonders scheint sich aber ein Meister, Herr K. Schulze, hervorthun zu wollen. Besagter Herr scheint nicht zu wissen, daß wenn man seine Unterschrift zu einem Vertrage gegeben, auch seine ganze Ehre daransetzt, denselben einzuhalten. Herr Schulze hat den Lohntarif wiederholt aus seiner Werkstätte entfernt und erklärt, den Lohntarif nur dem ersten Gehilfen zu bezahlen. Unserm Unterkassierer wurde seitens des Meisters der Zutritt zur Werkstätte verboten. Diese Mißstände zu beseitigen, liegt in der Hand der Kollegen selbst. Ein jeder organisierte Kollege muß eifrig dafür wirken, daß die Zahl der Indifferenten immer kleiner wird, damit wir in dieser kritischen Zeit eine stets größere Macht bilden und dadurch die Meister zwingen können, ihre eingegangenen Verträge zu halten. —k

Lörrach. Nach vielfachen Versuchen der Kollegen von Lörrach ist es endlich gelungen in Fahrnau, wo bekanntlich die weltbekannten Fahrnauer Schuhwaren produziert werden, einige Kollegen der Organisation zuzuführen. Um die Agitation jedoch reger zu entfalten, um die große Mehrzahl der Kollegen in den Verband hinein zu bringen, wurde von der Filiale Lörrach eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher Kollege Böhle aus Straßburg referierte. Allein die Versammlung war trotz aller Agitation nur schwach besucht. Kollege Böhle erledigte seine Aufgabe in vorzüglicher Weise, indem er die Entwickelung der Schuhindustrie und die Stellung der Arbeiter in derselben schilderte, wofür ihm durch Beifall der Anwesenden gedankt wurde. Zu bedauern ist, daß sich die Arbeiter und Arbeiterinnen von dieser Versammlung fernhielten, da doch gerade in den letzten 14 Tagen eine ziemlich empfindliche Lohnreduktion vorgenommen wurde. Die Zustände in der Fabrik sind derart, daß die Arbeiter nicht eher wissen, was sie für Lohn haben, als am Zahltage. Es ist erstaunlich, wie hier die Lohnreduktionen vorgenommen werden, so wurde am Zahltage ohne weiteres 30 Pf. bis 1,20 Mk. pro Dutzend, je nach der Sorte, abgezogen. Die Fabrikleitung nimmt für den Spiritus, der von der Fabrik entnommen werden muß, für 3/4 Liter 50 Pf., während man den Liter beim Krämer für 40 Pf. erhält. (Man bringe den Fall dem Fabrikinspektor zur Anzeige. D. R.) Wenn die Arbeiter angesichts solcher Zustände die Interesselosigkeit nicht abtreiben, so sind sie keiner besseren Behandlung wert. Ihr Arbeiter von Fahrnau, an euch ist es nun, die Zustände zu verbessern, von oben wird euch keine Hilfe, die müßt ihr euch selbst schaffen. Am Sonntag, den 10. November, nachmittags 2 Uhr findet eine Mitgliederversammlung im „Pflug“ in Fahrnau statt, wo euch Gelegenheit gegeben wird, in den Verein einzutreten. Dort sollen auch verschiedene Mißstände besprochen werden, zu deren Beseitigung das Fabrikinspektorat angerufen werden soll. Darum auf Kollegen, kommt alle in die Versammlung.

Lugau. Auf die Aeußerungen des Herrn Zahn im „Schuhmarkt“ haben wir zu erwidern: Der betreffende Schnittpolierer ist nicht wie Herr Zahn angibt 1 1/4 Stunden von der Arbeit weggeblieben, sondern um 4 Uhr zur Vesperzeit mit noch drei anderen Kollegen fortgegangen und bereits um 5/4 5 Uhr mit denselben in der Fabrik wieder erschienen. Von dieser Zeit geht die Vesperpause mit 20 Minuten ab. Wo bleiben da die 1 1/2 Stunden? Und warum ist nur diesem einen und den anderen nicht auch gekündigt worden, Herr Zahn? Es mußte eben der Kollege, der gerade mit zu den pünktlichsten gehörte, aus der Fabrik raus, denn Herr Zahn wartete schon lange auf eine solche Gelegenheit. Daß diese „ordnungsgemäße Kündigung“ die organisierten Kollegen nicht ruhig hinnehmen konnten, ist selbstverständlich. Der Fabrikausschuß wurde vorstellig und von Herrn Zahn mit einem Haufen hohler Phrasen abgespeist, wie: es fällt mir gar nicht ein, etwas gegen den Verband zu unternehmen, auch gebe ich das Versprechen, daß niemand vom Verband gemaßregelt wird; es ist nur deshalb dem Betreffenden gekündigt worden, weil er von der Arbeit ohne Erlaubnis fortgegangen ist. Diese Phrasen wiederholte Herr Zahn auch dem Kollegen Sachs aus Chemnitz gegenüber. Nachdem Herr Zahn dem Kollegen Sachs und dem Komitee gegenüber das feste Versprechen gegeben, niemand zu maßregeln, nichts gegen den Verband zu unternehmen, und am Abend nach Wiederaufnahme der Arbeit eine Fabrikversammlung abzuhalten, beschlossen die Kollegen, die Arbeit (ohne Schneider) wieder aufzunehmen. Aber Versprechen und Halten sind bei Herrn Zahn zwei ganz verschiedene Dinge. Als die Arbeiter wieder in der Fabrik waren und am Abend auf die versprochene Versammlung warteten, wurde ihnen vom Zwickmeister, trotzdem sich Herr Zahn in der Fabrik befand, höhnisch bedeutet, sie brauchten nicht zu warten, Herr Zahn wäre schon fort. Genau so ist es mit dem Versprechen, niemand zu maßregeln. Als am andern Tage ein Zwicker, der nach Hause zu seiner Familie gefahren war, zur Arbeit kam, wurde ihm bedeutet, so schnell wie möglich die Fabrik zu verlassen. Ferner wurde einem Kollegen am Sonnabend, den 26. Oktober schriftlich gekündigt; auch ist demselben auf Betreiben des Herrn Zahn die Wohnung gekündigt und von diesem Herrn direkt ins Gesicht gesagt worden, daß er in Lugau keine Wohnung bekomme. Dies scheint wohl auch keine Maßregelung zu sein? Wir werden uns übrigens mit Herrn Zahn in einer der nächsten Nummern nochmals beschäftigen.

Pirmasens. Der erste Krieg zwischen den Schuhmachern und den Fabrikanten am hiesigen Orte ist nach kurzem aber heftigem Kampfe beendet und zwar hat derselbe mit einem vollständigen Siege der Arbeiter seinen Abschluß gefunden. Den Forderungen der Arbeiter, Zurückziehung der Lohnreduktion und Wiedereinstellung sämtlicher Entlassenen, haben sich die Fabrikanten Gaubatz und Urban unterworfen. Wenn auch an einzelnen Artikeln die Arbeiter sich mit einem Abzug einverstanden erklärt haben, so deshalb, weil die Arbeit von jetzt ab besser vorgerichtet wird als bisher, und zwar auf Grund getroffener Vereinbarung, so daß der Ausfall damit ausgeglichen wird. Sämtliche Kollegen sind wieder auf ihre Plätze gerückt und die Streikbrecher, welche die Firma doch nicht brauchen konnte, entlassen worden. Unsere organisierten Arbeiter schauen mit Stolz auf den Kampf zurück, war es doch die Feuerprobe, die der Verein deutscher Schuhmacher am hiesigen Platze als der Zentrale der Schuhindustrie Deutschlands zu bestehen hatte. Die vielen Ausreden bei unserer Agitation, der Verband kann hier doch nichts machen, sind nun verstummt. In welch unbeabsichtigter Weise die Herren Gaubatz u. Urban durch ihr Vorgehen für uns agitiert haben, beweist am besten der Umstand, daß bis zum Sonnabend, den 2. November, nachdem am Freitag der Frieden geschlossen war, 50 Kollegen dem Verbande beitraten. Der Kampf ist von beiden Seiten mit ziemlicher Schärfe geführt worden; dabei sind den Arbeitern die besten Waffen von den betreffenden Fabrikanten selbst in die Hand gedrückt worden. So sei hier nur eins angeführt. Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses wurde den Arbeitern folgendes Zeugnis ausgestellt: „Wir bescheinigen hiermit dem Herrn N. N. von hier, daß derselbe seit 1900 bei uns in Arbeit stand und heute durch proklamierten Streik das Arbeitsverhältnis löst. Wir wünschen ihm auf seiner ferneren Laufbahn viel Glück. Gaubatz u. Urban.“ Wir haben diesen Urlaubsbrief mit den notwendigen Bemerkungen an die Plakatsäulen anschlagen lassen und in einigen tausend Exemplaren auf den umliegenden Ortschaften verbreitet. Die Wirkung ist nicht ausgeblieben, denn eine große Kiste Schuhe, welche die Firma an hausindustrielle Zwicker in Thaleischweiler gesandt hatte, ist an den Absender wieder zurückgegangen. Auch unsere hochwohllöbliche Polizeibehörde hat es nicht unterlassen können, in den wirtschaftlichen Kampf einzugreifen, und zwar hat sie sich, wie nicht anders zu erwarten war, auf Seiten der Arbeitgeber gestellt. So hat sie nämlich von morgens 6 Uhr bis abends 8 Uhr einen Polizeiposten direkt vor das Fabrikthor gestellt. Wenn man nun noch beachtet, daß zur Seite je ein Streikposten stand, so muß es geradezu als Zauberei erscheinen, daß in der betreffenden Fabrik eingebrochen und Schuhe im Werte von 500 Mk. gestohlen werden konnten. Den Dieb hat man bis jetzt noch nicht erwischt, dafür hat die Polizei um so eifriger aufgepaßt, daß die Streikposten sich nicht aufs Trotoir stellten. Prinzipiale wie Gehilfen können aus diesem kurzen Kampfe ihre Lehren ziehen. Erstere haben gesehen, daß sich die Arbeiter doch nicht alles gefallen lassen müssen und letzteren wird nun klar geworden sein, daß nur durch die Organisation etwas zu erreichen ist. Der Sieg ist um so wertvoller, als er einerseits in eine schlechte Geschäftszeit fällt, anderseits aber gezeigt hat, daß bei den Schuhmachern von Pirmasens und Umgegend ein starkes Solidaritätsgefühl vorhanden ist.

Schwerin i. M. Auch in hiesiger Stadt des Landes, wo der Ochsenkopf zu Hause ist, scheinen die Schuhmacher es nicht nötig zu haben, sich zu organisieren, trotzdem die hiesigen Verhältnisse sehr schlechte sind. Allerdings tragen die organisierten Kollegen auch selbst viel Schuld daran, indem sie sich jeglicher Arbeit für den Verein entziehen und die Pflege der Kollegialität ganz vernachlässigen. Der Besuch der Versammlung ist ein wirklich trauriger. Verschiedene Arbeitgeber machen den Versuch, den Lohntarif, den wir im Frühjahr vereinbarten, zu reduzieren, obwohl derselbe teilweise gar keine Verbesserungen gebracht hat. Es liegt nun an den Kollegen selber, zu verhindern, daß ihre Lebenslage noch mehr verschlechtert wird. Dies können sie, wenn sie den Prinzipalen geschlossen gegenüberstehen und durch rege Agitation für guten Geist in der Organisation wirken.

Weißenfels. (Bericht vom dritten Quartal.) Das Darniederliegen der Industrie war im dritten Quartal noch größer als im zweiten. Die Arbeitszeit war derart gekürzt, daß der Lohnausfall Not und Entbehrung in die Familien der Arbeiter brachte. Die Arbeitslosen versuchten bei jeder sich bietenden Arbeitsgelegenheit etwas Verdienst zu erhalten. Die Abreise vom Ort war ebenfalls nicht mehr geboten, da überall überschüssige Arbeitskräfte vorhanden waren. Die Lage hat sich im Oktober, wenn auch nicht viel, so doch etwas gebessert, die Arbeitsgelegenheit ist noch sehr erschwert, indem neue Arbeiter fast gar nicht eingestellt werden, es ist aber auch noch ein großer Teil überschüssiger Arbeiter von früheren Entlassungen und Bankerotts vorhanden. Differenzen (Lohnreduktionen) haben zwei stattgefunden, in dem einen Fall bei Blasig wurde die Reduktion zwei Tage vor Ablauf der Kündigungsfrist zurückgezogen; in dem andern Fall handelte es um einen einzelnen Artikel, wo nur ein teilweiser Erfolg zu verzeichnen war. Aufgenommen wurden 96 Mitglieder. Die Einnahmen der Organisation beliefen sich auf 3973,85 Mk., davon entfallen auf den Verein 2732,65 Mk., auf die Zuschußkasse 1233,60 Mk., Arbeitslosenkasse 10,60 Mk. Die Korrespondenz betrug in Eingängen: Briefe und Karten 40, Drucksachen 12, in Ausgängen: Briefe und